

Es ist nach wie vor freigestellt. Die Kommune kann sich bewerben, und sie kann den Zuschlag erhalten.

#### **Zwischenbemerkung von CDU/DA:**

Herr Abgeordneter, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Paragraphen 2 Abs. 1 lenken und Sie bitten, einmal zu erläutern, was darunter zu verstehen ist, daß bei Ausschreibungen die jeweils günstigsten Angebote wahrgenommen werden sollen und ob man nicht vielleicht die Interessen der Arbeiter oder der Angestellten in Gaststätten und Verkaufsstellen auch berücksichtigen sollte.

#### **Schulz, Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses:**

Dieses Problem sehe ich ganz einfach nicht. Es geht darum, daß sich Eigentümer für ein Objekt bewerben und daß die Landräte entscheiden, welchem Eigentümer es gegeben wird, wer am besten dafür geeignet ist oder wer die marktwirtschaftlichen Strukturen am besten unterstützt. Ich denke, wenn ein Unternehmen weitergeführt wird, ist es im Interesse der Beschäftigten dieses Unternehmens. Wenn sich eine Belegschaft - interpretiere ich jetzt einmal - einer Gaststätte darum bewirbt, dieses Unternehmen in eigene Verantwortung zu übernehmen, und der Landrat sich dafür entscheidet, weil sie die besseren Voraussetzungen hat, dann steht dem doch nichts entgegen.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

#### **Zwischenbemerkung von CDU/DA:**

Das ist richtig, bloß meine ich, mit den günstigsten Angeboten ...

(Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner: Bitte keine Zwiesgespräche! Ich bitte eine ordentliche Frage oder Nachfrage zu stellen.)

Ich präzisiere die Sache oder stelle sie als Frage dar: Glauben Sie, daß unter den günstigsten Bedingungen ausschließlich nicht die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gelten sollten für die Übernahme eines Geschäfts?

#### **Schulz, Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses:**

Genau das glaube ich. Deshalb haben wir nicht geschrieben „die günstigsten“, sondern „die günstigen Angebote“, also die für das Gebiet günstigen Angebote.

(Vereinzel Beifall)

#### **Zwischenbemerkung von CDU/DA:**

Herr Abgeordneter, geben Sie mir recht, wenn ich sage, daß mittels der Ausschreibungen der beste Weg beschritten werden kann, daß auch Verkaufsstellenleiter, die jahrelang eine Verkaufsstelle unter miserablen Umständen geleitet haben, jetzt selbst Initiative entwickeln können und daß damit auch jeder Bürger der DDR seine Chance erhält?

#### **Schulz, Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses:**

Da gebe ich Ihnen völlig recht.

(Stellenweise Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:**

Danke schön. Damit sind die Anfragen beendet. Es liegt eine Meldung der Vorsitzenden des Ausschusses für Handel und Tourismus vor, ebenfalls dazu sprechen zu wollen.

#### **Frau Noack, Vorsitzende des Ausschusses für Handel und Tourismus:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Um das nun vorliegende Gesetz haben wir Handelsleute innerhalb der Fraktion und auch im Ausschuß für Handel und Tourismus seit Wochen gerungen. In unserem territorial organisierten Handel mußte es durch Konsum und HO in der GmbH bei freien Preisen zu oligopolistischen und monopolistischen Tendenzen kommen. Ich frage mich immer wieder, warum das das Handelsministerium nicht so gesehen hat.

Bereits seit dem 5. 6. liegen dort Empfehlungen des deutsch-deutschen Beirates Handelsorganisation vor, die auch dahin zielen, und ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, sagen, das Mitglied dieses Beirates ist zum Beispiel der Staatssekretär im Handelsministerium.

Kontrollen in den letzten Tagen haben ergeben, daß durch den Konsum Preislisten erstellt werden. Es sind also wieder keine freien Preise garantiert, sondern konzerndiktierter Preise gültig. Das widerspricht den von diesem Hohen Hause in den letzten Tagen und Wochen verabschiedeten gesetzlichen Regelungen. Und wir alle hier sind aufgerufen, dagegen etwas zu unternehmen.

(Beifall, vor allem bei der Fraktion CDU/DA)

Die derzeitigen Einkaufspreise sind sehr differenziert. Sie sind territorial unterschiedlich und zeigen eindeutig, daß in unserem Handel monopolistischen Stellungen Rechnung getragen wird.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, monopolistische Handelsstellungen haben schon oft zu krisenhaften Erscheinungen geführt. Handelsspannen bis zu 30 Prozent sind im Lebensmittelbereich handelsstypisch und handelsüblich. Wir haben in den letzten Tagen und ganz speziell gestern Umfragen gemacht, und ich möchte Ihnen vielleicht zwei oder drei Preise sagen.

Das sind Einstandspreise. Wenn Sie darauf noch 30 Prozent Handelsspannen nehmen, wären das also handelsübliche Preise für den Verbraucher.

Bei Mischbrot, 1000 g, lagen die Abgabepreise zwischen 1,19 DM und 1,39 DM, bei Milch zwischen 0,89 DM und 1,11 DM, bei Margarine, 500 g, zwischen 1,23 DM und 1,52 DM, bei alkoholfreien Getränken zwischen 0,36 DM und 0,51 DM. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Und bitte, bedenken Sie, 30 Prozent Handelsspanne wären also dann normal, und dann wäre das der Verbrauchspreis für den Käufer.

Was ist nun zu tun? Dieses Gesetz zur Entflechtung des Handels in den Kommunen sollte schnellstmöglich durchgesetzt werden. Wir alle sind da gefordert. Und ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie für Ihren Landrat zu Hause noch einen Gesetzentwurf brauchen, wir haben noch einige zur Verfügung. Die Kommunen und Landräte möchte ich aber von dieser Stelle aus aufrufen, in ihrem Territorium zu prüfen, inwieweit Räumlichkeiten kurzfristig durch den Handel genutzt werden können. Auch der ambulante Handel ist gefragt. Sicher gibt es in jedem Territorium noch Gewerbetreibende oder Händler, die sich dieser Aufgabe stellen wollen. Ein Markt, meine Damen und Herren, schafft nicht nur Atmosphäre. Konkurrenz belebt den Handel. Und dann gibt es wieder ehrliche Preise. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:**

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht vor. Wir kommen also zur Beschlußfassung. Eine Anfrage?

(Wiebke, SPD: Ich bitte um Überweisung des Gesetzes in den Wirtschaftsausschuß.)

(Protest bei CDU/DA und DSU)

Es ist die Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses.

Die kann ich nicht wieder in den Wirtschaftsausschuß zurückweisen.

(Unruhe im Saal)

Das ist der Beschluß zum Antrag der Fraktion CDU/DA, der, im Wirtschaftsausschuß behandelt, jetzt mit einer entsprechenden Empfehlung versehen, bei Ihnen verzeichnet auf der Drucksache Nr. 108 a, zur Beschlußfassung vorliegt.

Wer also dieser Drucksache in der vorliegenden Fassung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? - Mehrere Stimmenthaltungen, aber ich denke, es ist eindeutig, daß dieser Empfehlung zugestimmt worden ist. Dann ist sie so in Kraft gesetzt. Danke.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und SPD)